

Landtag aktuell: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) soll altes GTK ablösen

Die Anforderung an die frühe Bildung von Kindern lassen sich nicht mehr mit der Situation von vor 15 Jahren vergleichen, als das bisherige Kindergartengesetz in Kraft getreten ist: Bildung ist heute DIE Voraussetzung für Kinder, um am gesellschaftlichen Leben chancenreich teilnehmen zu können - auch wir in Nordrhein-Westfalen haben da Nachholbedarf.

Familienstrukturen haben sich verändert, der demographische Wandel wird überall spürbar, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund verlangt vielfache Anstrengungen und die Betreuung von kleinen Kindern unter drei Jahren steckt noch in den Anfängen.

Das neue Gesetz muss diesen Herausforderungen gewachsen sein, muss die frühe Förderung von Kindern sicherstellen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stützen und pädagogischen und finanziellen Anforderungen gerecht werden.

Konkret geht es darum, Bildungs- und Erziehungsarbeit zu stärken, die Sprachförderung als Regelaufgabe in den Tageseinrichtungen zu verankern, die Zusammenarbeit mit Schule zu verbessern, die Weiterentwicklung von Familienzentren zu ermöglichen, Betreuung für Unter-Dreijährige auszubauen, die Tagespflege im Gesetz zu verankern, integrative Betreuung für Kinder mit und ohne Behinderungen abzusichern, den Gesundheitsschutz von Kindern zu stärken, Bürokratie abzubauen, Qualität zu sichern und die Finanzierung klar und übersichtlich zu gestalten.

Wie geht das?

1. Bei der Betreuung der Unter-Dreijährigen haben wir bei der Übernahme der Regierungsverantwortung in NRW im Jahr 2005 11.000 institutionelle Plätze vorgefunden - das entspricht gerade mal einer Quote von 2,8%! Durch Umwandlung überzähliger Kindergartenplätze konnte diese Zahl bis heute auf 16.000 Plätze erhöht werden. Schon im kommenden Jahr wollen wir durch konsequenten Ausbau 34.000 Plätze erreichen (7,4%) und bis zum Jahr 2010 werden es 90.000 Plätze sein. Ein ehrgeiziges Ziel, an dessen Erreichung sich das Land freiwillig mit der Übernahme von ca. 30% der Kosten beteiligt

2. Sprachförderung ist heute unabdingbar! Die Erfahrungen zeigen, dass die bisherige Praxis, Kinder wenige Monate vor Schuleintritt auf ihre Sprachfähigkeit zu testen und dann in Crashkursen zu schulen, viel zu spät ist für einen gelungenen Start in der Grundschule. Die Landesregierung hat daher bereits 2006 im Schulgesetz sichergestellt, dass künftig die Vierjährigen gemeinsam von Lehrpersonal und Erzieherinnen mittels eines Spiels kindgerecht auf ihre sprachliche Entwicklung hin angeschaut werden. Dieses Spiel wird zur Zeit erstmals eingesetzt. Die Folge ist, dass Kinder, die das brauchen, im Anschluss an die Auswertung sehr viel früher die sprachliche Förderung erhalten werden, als dies bisher der Fall ist. Um die Finanzierung sicher zu stellen, stellt das Land bereits heute 17 Millionen Euro zur Verfügung und wird diese Mittel im kommenden Jahr auf 28 Millionen Euro aufstocken.

3. Die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ist 2006 mit 250 Piloteinrichtungen an den Start gegangen: landesweit haben sich Einrichtungen ganz unterschiedlicher Träger, von unterschiedlicher Größe und in unterschiedlich strukturierten Teilen des Landes auf den Weg gemacht, in der Praxis all das zu testen, was künftig in 3000 Familienzentren angeboten werden soll (u.a. Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern bündeln und vernetzen; Hilfe bei der Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern zu leisten; Sprachförderung anzubieten). Zur Zeit werden diese Pilotprojekte und deren Erfahrungen ausgewertet, und dann werden die nächsten 750 Einrichtungen an den Start gehen können. Das Land wird künftig 12.000 Euro pro Einrichtung und Jahr zur Verfügung stellen, um diese Mehrarbeit zu honorieren.

4. Mehr Flexibilität, mehr Wahlfreiheit und mehr Qualität wird sich das Land schon im Jahr 2009 eine Milliarde Euro kosten lassen - heute sind im Landeshaushalt ca. 866 Millionen Euro veranschlagt.

Was kommt noch?

1. Die Tagespflege wird das Land erstmals mit 725 Euro pro Kind pro Jahr für jeden vom Jugendamt genehmigten Platz fördern, um die Qualifizierung und Betreuung von Tagesmüttern und -vätern sicher zu stellen.
2. Die Vielfalt der Trägerlandschaft bleibt erhalten: Der Trägeranteil der Elterninitiativen bleibt bei 4%, der der armen Träger bei 9% und der der Kommunen bei 21%. Der Trägeranteil der Kirchen wird auf 12% gesenkt - wobei sich das Land an der Differenz zwischen dem heutigen Anteil und dem künftigen Anteil mit 75% statt der üblichen 50% beteiligen wird.
3. Die finanzielle Unterstützung der Kindertageseinrichtungen wird in Form von Pauschalen gewährt (Ausnahme: Mieten werden weiterhin spitz abgerechnet), die auf der Basis der betreuten Kinder (Kindpauschalen) gezahlt werden. So kann z.B. eine durchschnittliche Gruppe aus 20 Kindern bestehen, von denen 4 Kinder unter drei Jahre alt sind und die von 2 Fachkräften betreut wird. Hat diese Gruppe nur 19 Kinder, ändert sich an der Pauschale nichts, hat sie 18 Kinder, würden für zwei Kinder die Pauschalen abgezogen werden. Bei einer Gruppe, in der z.B. nur Kinder unter drei Jahren betreut werden, reichen 10 Kinder, um bei 35 Betreuungsstunden die volle Pauschale zu bekommen. Auch hier bliebe eine Aufnahme von 9 Kindern ohne Auswirkung, ab 8 Kindern gäbe es wieder die anteiligen Abzüge. Für eingruppige Einrichtungen können Zuschläge von 15.000 Euro bezahlt werden und die Kindergartenleitung bekommt zukünftig unabhängig von der Anzahl der Gruppen in einer Einrichtung anteilige freigestellte Stunden für übergeordnete Aufgaben.
4. Bei den Elternbeiträgen ist bereits im letzten Jahr festgelegt worden, dass dies eine kommunale Aufgabe ist - vor Ort kann viel besser auf örtliche Besonderheiten reagiert werden, als dies bei einer landesweiten Steuerung möglich wäre.

Dies alles und noch viel mehr wird das KiBiz ab 1.8.2008 enthalten - Ende Mai, nach der Anhörung der Verbände, wird sich auch der Landtag nach Einbringung des Gesetzes mit den Details beschäftigen und dann alle Vor- und Nachteile abzuwägen haben. Zögern Sie also nicht, sich an der Diskussion zu beteiligen - es lohnt sich im Interesse der Kinder, der Eltern und der Verantwortlichen!

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Milz MdL

Zuletzt geändert am: 13.05.2007